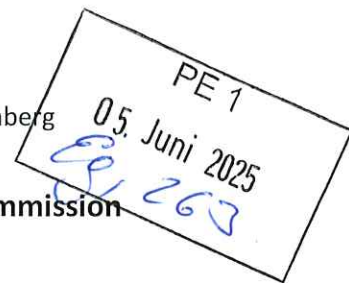


INHALT:

Stellungnahme
Prof. in Dr. in Barbara Schramkowski, Fakultät Sozialwesen, Duale
Hochschule Baden-Württemberg

Antworten zu ausgewählten Fragen für die 39. Sitzung der Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ am 13.6.2025



Antworten zu ausgewählten Fragen für die 39. Sitzung der Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ am 13.6.2025

Vorbemerkung:

Einige Fragen sind suggestiv und ihnen liegen offen antiklimapolitische Narrative zugrunde, die von rechtspopulistischen und extrem rechten Politiker*innen und Parteien in Europa vermehrt verbreitet werden; in Deutschland insbesondere durch die AfD (Forchtner/Lubarda 2023). Dies möchte ich kurz ausführen, bevor ich ausgewählte Fragen von Ihnen beantworte, konkret unter Bezugnahme auf das Konzept der „Climate Obstruction“ (Ekberg et al. 2023), das drei Grade von Klimaschutzbehinderung unterscheidet: a) Leugnen wissenschaftlicher Erkenntnisse und antiklimapolitisches Handeln; b) gezieltes Hinauszögern, etwa aus ökonomischen und politischen Motiven; c) Passivität und klimaschädliche Lebensstile, die in historisch geprägte kulturelle Normen sowie materielle Infrastrukturen eingebettet sind.

Bei der Klimaschutzbehinderung spielen fossile Industrieunternehmen seit jeher eine große Rolle. Sie begannen in den 1960er Jahren, Öl als Grundlage einer guten Zukunft darzustellen und engagierten in den folgenden Jahrzehnten teils massiv gegen Klimaschutz (Ekberg et al. 2023, S. 25 ff.). Die AfD betreibt sowohl sekundäre als auch primäre Klimaobstruktion, die ich aus einigen der gestellten Fragen herauslese. Sie negiert den menschlichen Einfluss auf den Klimawandel und fordert den Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen sowie den Stopp aller Klimaschutzmaßnahmen. Dabei stellt sie sich als die ‚wahre Umweltpartei‘ dar und spielt Umwelt- gegen Klimaschutz aus, was etwa an der Kampagnenarbeit gegen Windkraft deutlich wird (Spissinger 2024, S. 106 ff.). Klimapolitik präsentiert die Partei als ein abgehobenes Elitenprojekt „auf Kosten des Volkes“ (Sommer et al. 2022, S. 65) sowie als freiheitsfeindliche Agenda einer „Ökodiktatur“ (Neupert-Doppler 2021). Die Energiewende lässt sie als drohende „Blackout-Gefahr“ und „systematische Deindustrialisierung“ erscheinen und vermittelt so das Gefühl, nicht die Klimakrise, sondern die Klimapolitik gefährde die Zukunft (Verschwörungsideologien). Bei alledem diffamiert die politische Rechte Klimaschützer*innen als „hysterische“ und quasi-religiöse Anhänger*innen einer Ideologie (vgl. Spissinger 2024, S. 78 f.). Am Vorwurf der „Hysterie“ lässt sich zudem die misogynie Herabsetzung ablesen, mit der die rechte Anti-Klimapolitik operiert (Forchtner 2024). Klimaschutzbehinderung lässt sich daher auch als Verteidigung einer „Petromaskulinität“ (Daggett 2023) deuten. *[Literaturquellen finden sich am Ende der Ausführungen]*

Aktueller Hinweis: Am 02.06.2025 ist der Beitrag „Wie die Klimakrise Kinderrechte bedroht“ in der Tagesschau erschienen, der nachgelesen und -gehört werden kann (<https://www.tagesschau.de/wissen/klima/klimakrise-kinderrechte-100.html>). Hier heißt es einleitend: „Kinder haben unter anderem das Recht auf eine nachhaltige Umwelt und das Recht auf Gesundheit. Doch Kinderärzte und Organisationen in Deutschland sehen diese Rechte durch den Klimawandel in Gefahr.“

Frage 1: Inwiefern sehen Sie Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene innerhalb ihrer Lebenserwartung von absehbar möglichen Entwicklungen

- in Gesundheit, Bildung und Versorgung
- in der Raum- und Siedlungsplanung,
- im Verkehr und in der Kommunikation,
- auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft,
- in Denkmalschutz, Kultur, Sport und Freizeit sowie in privaten und öffentlichen Finanzen einerseits genauso wie alle anderen Generationen und andererseits in für ihre Kohorten jeweils besonderer Weise betroffen von der Klimakrise?

Das Deutsche Institut für Menschenrechte benennt zahlreiche Menschenrechte, auf deren Umsetzung sich die Klimakrise negativ auswirkt, wie u.a. die Rechte auf Bildung und Gesundheit (s. <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/themen/klima-und-nachhaltigkeit>). Die Auswirkungen der Klimakrise auf Gesundheitschancen junger Menschen können im Positionspapier der AG Pädiatrie der Deutschen Allianz Klimawandel und Gesundheit (2023) „Kinder vor den Folgen der Klimakrise schützen“ nachgelesen werden (<https://www.klimawandel-gesundheit.de/wp-content/uploads/2023/11/Positionspapier-Kinder-vor-den-Folgen-der-Klimakrise-schuetzen.pdf>)

Beispielsweise ist die Zunahmen von Hitze ein Gesundheitsrisiko, das u.a. die Teilhabe von Kindern an sportlichen Aktivitäten einschränken wird.

Auch ist anzumerken, dass – wenn wir jetzt nicht bereit sind in klimafreundliche Infrastrukturen (u.a. Erneuerbare Energien, Ernährungswende, Mobilität) zu investieren – wir der jungen Generation einen infolge der Überschreitung von planetaren Kippunkten kaum mehr zu bewältigenden Berg an Krisen hinterlassen, der ihre Freiheitsrechte massiv einschränken wird, wie auch das Bundesverfassungsgericht (BVerfG 2021) urteilte.

Ein Hinweis noch zum Arbeitsmarkt: Wichtig ist jungen Menschen Wissen zur ökologischen Krise (wozu neben der Klimakrise auch der Biodiversitätsverlust wie auch die Verschmutzungs-/Vermüllungskrise gehören, Stichwort: ökologische Triplekrise) und den Transformationspfaden zu vermitteln – sowohl bei der Berufswahl als auch während der Ausbildung. Denn: Wir brauchen mehr Fachkräfte beispielsweise für den Ausbau erneuerbarer Energien als für die Aufrechterhaltung fossiler Automobilität. Dies könnte eine Leitlinie in Bezug auf berufliche Bildung sein, wenn Mecklenburg-Vorpommern seinen Anteil an den nationalen Emissionen senken möchte, um damit internationale und nationale gesetzliche Verpflichtungen zu erfüllen.

4. Durch welches Handeln können Land und Kommunen die Lebensperspektiven von Kindern und Jugendlichen optimieren und damit gleichwertige Lebensverhältnisse sowie die Gewährung von Freiheiten aller sicherstellen?

Zentral ist die Umsetzung von gesetzlichen Verpflichtungen zu Umwelt- und Klimaschutz, um die Grundlagen, die menschliches Leben erst ermöglichen (sauberes Trinkwasser, gesunde Böden, sauber Luft u.a.), zu schützen und weitere Zerstörungen zu vermeiden. Die globale ökologische Triple-Krise des Biodiversitätsverlusts, der Erhitzung sowie der Verschmutzung der Erde ist eine „Bedrohung für das menschliche Wohlergehen und die planetare Gesundheit“ (Deutsche IPCC Koordinierungsstelle 2023: C1), und das „Zeitfenster, in dem eine lebenswerte und nachhaltige Zukunft für alle gesichert werden kann, schließt sich rapide“ (ebd.)

Kinder und Jugendliche, die am wenigsten zum Entstehen dieser Krise beigetragen haben, sind qua Generation besonders stark betroffen, da sie über die gesamte Lebensspanne mit den zunehmenden sozialen, ökologischen und ökonomischen Schäden konfrontiert sind und sein werden. Zudem verfügen junge Menschen über wenig Ressourcen, um sich zu schützen und negative Folgen zu bewältigen, und ihre Perspektiven sind im politischen Diskurs unterrepräsentiert, obwohl ihre Rechte insbesondere auf Gesundheit besonders stark gefährdet sind. So ist die Klimakrise „aktuell und für kommende Generationen die größte Gesundheitsgefahr [...], insbesondere für Kinder und Jugendliche“ (KLUG 2023: 1), die „am meisten unter den Folgen der Klimakrise leiden und leiden werden“ (ebd.). Sie sind beispielsweise durch Extremwetterereignisse, Luftverschmutzung und Hitze besonders gefährdet, insbesondere Säuglinge und Kleinkinder. Weitere Folgen sind erhöhte Risiken für Allergien, Asthma und Infektionskrankheiten (ebd.). Zudem löst die Auseinandersetzung mit der ökologischen Krise und ihren Auswirkungen insbesondere bei jungen Menschen negativ gefärbte Emotionen wie Angst, Stress, Hoffnungslosigkeit und Ohnmacht aus, die ihre Wohlbefinden verringern und ihre psychische Gesundheit negativ beeinflussen (Wanner/Schramkowski 2023: 20).

6. Wie sollten Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene angesichts der Klimakrise an der Sicherung und Entwicklung ihrer zukünftigen Lebensräume und Infrastrukturen beteiligt bzw. berücksichtigt werden, und mit welchen Rechten müssen sie dafür gegenüber den älteren Generationen ausgestattet sein?

Junge Menschen haben, so ist es im Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention verankert ebenso wie im Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (u.a. § 8 SGB VIII), ein Recht auf Partizipation und darauf in einer für sie verständlichen und wahrnehmbaren Form an sie betreffenden Belangen beteiligt zu werden. Alle Klimaschutzmaßnahmen müssten dahingehend geprüft werden, wie sie sich auf jungen Menschen und ihre Rechte auf Leben, Gesundheit und Schutz (siehe UN-Kinderrechtskonvention) auswirken: Denn sie werden über die gesamte Lebensspanne hinweg mit den Auswirkungen unseres (fehlenden oder nicht ausreichenden) Handelns konfrontiert sein. Es ist zentral junge Menschen an diesen Entscheidungen zu beteiligen, allerdings nicht im Sinne von „Scheipartizipation“ (wir fragen euch, machen dann aber doch was anderes), sondern in dem Sinne, dass ihre Perspektiven ernst genommen werden.

7. Fördert die Politik einseitig erneuerbare Energien auf Kosten von Technologien, die von einigen als zuverlässiger und günstiger angesehen werden?

Die Frage ist suggestiv: Sie vermittelt die Ansicht, fossile Energien oder gar Atomkraft seien preiswerter, was fachlich lange widerlegt ist. Dies kann nur behauptet werden, wenn die gesamten Folgekosten dieser Energiequellen nicht einberechnet werden (z.B. Lagerung von Atom Müll; Kosten, die durch die Erderhitzung entstehen wie u.a. Hitzewellen und Überschwemmungen). Politik sollte, auch unter Bezug auf gesetzliche Verpflichtungen zur Senkung von Emissionen, durchgängig auf erneuerbare Energien setzen, um Klima- und Umweltzerstörung einzuhalten. Und auch weil erneuerbare Energien deutlich preiswerter sind und ihre Nutzung viel dezentraler unter Einbezug von Kommunen und Gemeinwesen organisiert werden kann, so dass Menschen direkt vor Ort die Vorteile dieser Form der Energieversorgung erfahren können.

8. Wie kann verhindert werden, dass ideologische Klimapolitik die wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze für junge Menschen gefährdet?

Dies ist ebenso wie 7. eine Suggestivfrage. Anti-Klimapolitik ist ideologisch (siehe Vorbemerkung). Eine Klimapolitik, die Klimaschutz fördert, ist ein Menschenrecht (siehe z.B. Urteil zu den Schweizer Klimaseniorinnen am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ebenso wie Ausführungen zu Nachhaltigkeit und Klimaschutz beim Deutschen Institut für Menschenrechte (s. <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/themen/klima-und-nachhaltigkeit>) und grundlegend für die Förderung und den Erhalt unserer Demokratie und der Lebensgrundlagen junger Menschen und nachfolgender Generationen. Wenn die Landesregierung sich an die gesetzlich verankerten Klimaziele hält und die dafür relevanten Maßnahmen fördert, ist dies zentral, um die Umsetzung der Rechte junger Menschen auf Gesundheit, Schutz und die Förderung des Kindeswohls fördern. Klimaschutz als Ideologie abzutun, ist eine Gefährdung für unser demokratisches Zusammenleben und der gemeinsamen Gestaltung der ökologischen Nachhaltigkeitstransformation, die zentral ist, um ökologische Lebenswelten, welche die Voraussetzung für menschliches Leben sind, zu erhalten. Und im Sinne von Generationengerechtigkeit widerspricht dies auch dem Ansinnen des Grundgesetzes (u.a. Artikel 20a GG).

11. Welche Maßnahmen und Programme – sowohl des Klimaschutzes, als auch der Klimaanpassung – leiten sie aus den erwarteten Veränderungen und Betroffenheiten ab?

In Bezug auf Klimaschutz sind alle im Bundesklimaschutzgesetz benannten Sektoren zu adressieren, denn die Senkung von Emissionen ist im Sinne von Generationengerechtigkeit zentral. Hinsichtlich Klimaanpassung ist Entsiegelung bedeutsam und biodiverse Begrünung von vorher asphaltierten Flächen. Zum Wohle junger Menschen könnte ein Fokus auf die Entsiegelung und Begrünung von Schulhöfen gelegt werden und auf Stadtviertel, in denen jungen Menschen leben, die von Armut und darüber von Teilhabeausschlüssen betroffen sind – vor allem auch weil Kinder und Jugendliche besonders oft von Armut betroffen sind (siehe Armutsbericht vom Paritätischen Gesamtverband). Sie leben mehrheitlich in Stadtvierteln mit vergleichsweise wenig Grünflächen und einem hohen Aufkommen an Autoverkehr und damit einer hohen Konzentration von Feinstaubemissionen in der Luft. Diese Maßnahmen sind nicht nur gut in Bezug auf Klimaanpassung, sondern auch für die Gesundheit (z.B. bessere Luft, weniger Hitze). Zudem werden die Orte so schöner, es erhöht sich die Lebensqualität für Menschen und es ist ersichtlich, dass die Klimatransformation zahlreiche CO-Benefits hat.

12. Inwieweit erwarten Sie Auswirkungen der Klimafolgen auf die Identifikation und das Engagement der jungen Generationen mit und für die sich verändernden Lebensräume ihrer Kindheit und Jugend?

Diese Auswirkungen sind bereits klar identifiziert. Im aktuellen Kinder- und Jugendbericht wird die Klimakrise als Rahmenbedingung des Jung-Seins beschrieben (BMFSFJ 2025). Auch ist Fridays For Future ein der größten und erfolgreichsten Jugendbewegungen: Hier machen junge Menschen ihre Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit geltend und nutzen Proteste, um auf diese Krise, hiermit verknüpfte Gefährdungen und das Fehlen ausreichender politischer Maßnahmen zu verweisen. Ihr Engagement über Klimastreiks, aber auch z.B. über juristische Klagen (siehe u.a. Urteil Bundesverfassungsgericht 2021) hat dazu geführt, dass viele Erwachsene im Klima- und Umweltschutz aktiv geworden sind und die Nachhaltigkeitstransformation in verschiedenen Sektoren in den Fokus gerückt ist.

Doch wenngleich das aktive Sich-Zusammenschließen ein resilienter Weg im Umgang mit einer Krise ist, ist die große Ambivalenz zu betonen: Junge Menschen haben die Krisen nicht verursacht und übernehmen eine Verantwortung, die qua Generation und Gesetz klar bei den Erwachsenen liegt. Diese Aufgabe überfordert junge Menschen überfordert

und verstärkt Gefühle des Allein-Gelassen-Seins verstärkt, vor allem weil politische Maßnahmen weiter nicht ausreichen, um gesetzlich vereinbarte Ziele des Klima- und Umweltschutzes zu erreichen. Stattdessen wird, wie Amnesty International (2024) kritisiert, zunehmend das Recht auf Versammlungsfreiheit von Menschen eingeschränkt, die über öffentlichen Protest hierauf hinweisen. Beispielsweise die Aufweichung des Bundesklimaschutzgesetzes (2024) illustriert, dass Rechte junger Menschen auf Schutz vor den Folgen der ökologischen Krise zu wenig im Blick der Bundesregierung sind, obwohl der Staat verpflichtet ist, Gewährleistungsmaßnahmen für die Umsetzung ihrer Rechte zu treffen und das Kindeswohl zu schützen. Diese klimapolitische Untätigkeit verstärkt emotionale Belastungen von Kindern und Jugendlichen.

Insofern erstaunt es nicht, dass die Studie „Zukunft? Jugend fragen! 2023“, die regelmäßig Einstellungen und Verhalten junger Menschen im Alter von 14 bis 22 Jahren zu Umwelt- und Klimaschutz abfragt, aufzeigt, dass ihr kollektives Engagement nachgelassen habe: „Neben Zeitmangel begründeten die jungen Menschen ihr geringeres Engagement vor allem damit, dass die Beschäftigung mit dem Thema sie traurig machte und frustrierte.“ (UBA 2024: 26) So schätzen – im Vergleich zur Vorgängerstudie - mehr Befragte den Zustand von Umwelt und Klima als pessimistisch ein, sicherlich auch weil junge Menschen zunehmend viel Wissen insbesondere zur Klimakrise haben, deren Folgen immer sichtbarer sind. Exemplarisch hierfür steht die Aussage einer jungen Frau: „An das Thema ständig zu denken, macht mich traurig und zeigt mir nur eine pessimistische Perspektive auf. Ich [...] kann und möchte dem nicht meine ganze Freizeit widmen.“ (ebd.) Die jungen Menschen sehen die Politik und insbesondere die Wirtschaft in der Verantwortung Umwelt- und Klimaschutzmaß zu implementieren und meinen gleichzeitig, dass hier nicht genug getan werde.

Hier könnte Mecklenburg-Vorpommern vorangehen, die Ängste junger Menschen ernst nehmen und sich mit ihnen zusammen für Veränderung hin zu einer klimafreundlichen Infrastruktur einsetzen.

13. Wie können junge Menschen in ländlichen Gebieten von Klimainitiativen profitieren, ohne überproportional belastet zu werden?

Auch diese Frage suggeriert, Klimaschutz sei die Belastung und nicht die Klimakrise.

Mit Blick auf die vielen Publikationen aus der ‚Psychologie der Klimakrise‘ und die bei Frage 12 zitierte Studie, die zeigt, dass jungen Menschen häufig traurig und gefrustet darüber sind, dass sich der Zustand von Umwelt und Klima zunehmend verschlechtert, ist es zentral, dass sichtbar wird, dass vor Ort Klimaschutz ernstgenommen wird und dass die positiven Folgen erkennbar sind wie z.B. die Senkung der Energiekosten durch den Ausbau erneuerbarer Energie oder eine Stärkung der ÖPNV-Anbindung, so dass junge Menschen mehr Chance auf selbstbestimmte Mobilität im ländlichen Raum haben. Eine Belastung ist das Wissen um die Gefährlichkeit der Klimakrise und das Beobachten, dass politische Maßnahmen nicht ausreichen, um die Krise angemessen zu adressieren.

14. Wie bewerten Sie die Kosten sofortiger, durchgreifender Maßnahmen gegenüber späteren oder behutsameren Eingriffen?

Auch hinter dieser Frage stecken die in der Vorbemerkung skizzierten antiklimapolitischen Narrative. Es ist anders als hier suggeriert wird: Die Kosten sofortiger Maßnahme sind langfristig deutlich billiger als das weitere Herausögern von Klimaschutz, was Freiheitsrechte jungen Menschen zunehmend einschränkt (siehe dazu u.a. Urteil BVfG 2021). Wenn zu lange gewartet wird, werden die Maßnahmen auch nicht mehr behutsam, sondern sehr stark eingreifend sein müssen aufgrund der Zunahme von Klimakatastrophen. Die Kosten von Hochwassern wie im Ahrtal sind immens – und es geht dann nur noch darum Schäden zu mindern anstatt jetzt mit umfassenden Investitionen in eine gesunde Zukunft zu investieren.

15. Welche wirtschaftlichen Belastungen entstehen durch klimafreundliche Infrastrukturen für die junge Generation, und sind diese vertretbar?

Auch dieser Frage liegen antiklimapolitische Narrative zugrunde (siehe Vorbemerkung); sie suggeriert, Klimaschutz würde zu wirtschaftlichen Belastungen führen. Das Gegenteil ist der Fall: Investitionen in ökologisch nachhaltige Infrastruktur durch den Ausbau erneuerbarer Energien oder von öffentlicher (nicht autobasierter) Mobilität oder durch eine Ernährungsumstellen in Kantinen macht eine Gesellschaft sozial resilienter. Unter anderem auch weil die Folgekosten von fehlendem Klimaschutz immens hoch sind, wenn es aufgrund von Hitze oder Starkregenfällen zu Ernteausfällen oder zu Katastrophen wie im Ahrtal kommt. Klimaschutz ist mit Blick auf bestehende Gesetze und den

wissenschaftlichen Konsens zur Klimakrise und ihrer Bearbeitung eine Pflicht. Zentral für den Erfolg von Klimaschutzmaßnahmen wird es sein, diese sozial gerecht auszugestalten (siehe hierzu unter 16.)

16. Wie können Klimaschutzmaßnahmen sozial verträglich gestaltet werden, ohne die Lebensqualität junger Menschen zu gefährden?

Jede Verzögerung bei Klimaschutzmaßnahmen gefährdet Freiheitsrechte junger Menschen und verstärkt soziale Ungleichheit im Generationsverhältnis, u.a. mit Bezug auf das in der UN-Kinderrechtskonvention verankerte Recht auf Gesundheit (s. zum Beispiel Positionspapier der AG Pädiatrie der Deutschen Allianz Klimawandel und Gesundheit KLUG e.V. (2023) „Kinder vor den Folgen der Klimakrise schützen.“ <https://www.klimawandel-gesundheit.de/wp-content/uploads/2023/11/Positionspapier-Kinder-vor-den-Folgen-der-Klimakrise-schuetzen.pdf>). Dass nicht ausreichend Klimapolitik vor allem die junge Generation belastet, zeigt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2021. Zum Hintergrund des Urteils: Das 2019 in Kraft getretene Bundes-Klimaschutzgesetz umfasst zwar rechtlich verbindliche Reduktionsziele, die durch ein jährliches Monitoring einzelner Sektoren zu überprüfen sind. Weil das Gesetz jedoch keine Minderungsziele für die Zeit nach 2031 vorsah, musste es gemäß dem Urteil überarbeitet werden: Geklagt hatten u.a. jungen Menschen und das Gericht argumentierte mit Blick auf Artikel 20a GG, dass das Klimaschutzgesetz ihre Freiheitsrechte unverhältnismäßig belaste, weil es große Teile der Emissionsreduktion in die Zeit nach 2030 verschiebt. Hinzufügen ist, dass mittlerweile auch der Europäische Gerichtshof im Fall der ‚Schweizer Klimaseniorinnen‘ bestätigt hat, dass Klimaschutz ein Menschenrecht ist.

Auch der 2023 veröffentlichte 26. General Comment zur UN-Kinderrechtskonvention zu Umweltrechten von Kindern mit einem Fokus auf dem Klimawandel wegweisend, hebt die Auswirkungen von Umwelt- und Klimaschäden auf Kinderrechte und die Verpflichtungen von Staaten (wie Deutschland) zur Umsetzung von Maßnahmen zur Bewältigung dieser Schäden hervor. Auch wird betont, dass gesunde Ökosysteme für die Realisierung fast aller Kinderrechte wie beispielsweise auf den Schutz des Kindeswohls, Gesundheit, Bildung sowie Partizipation grundlegend seien (siehe AGJ Positionspapier) und damit Klimaschutz eine Maßnahme zur Förderung sozialer Gerechtigkeit ist. So gibt es auch beim Deutschen Institut für Menschenrechte eine Rubrik, in der beschrieben wird, warum Umwelt- und Klimaschutz zentral sind für die Umsetzung von Kinderrechten (s. <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/aktuelles/detail/umwelt-und-klimaschutz-ist-zentral-fuer-die-umsetzung-von-kinderrechten>).

Klimaschutz sozial gerecht zu gestalten, bedingt Personengruppen wie Familien mit Kindern, eine Risikogruppe für Armutsbetroffenheit (siehe Paritätischer Gesamtverband 2024) zu unterstützen, damit sie sich eine nachhaltige Lebensweise leisten können, indem z.B. Steuern auf gesunde, regionale und pflanzenbasierte Lebensmittel gesenkt werden und die Versorgung von Kitas und Schulen mit entsprechenden Lebensmitteln sichergestellt wird. Auch bedingt es Familien, die in schlecht sanierten Mietwohnungen mit fossiler Wärmeinfrastruktur insofern unterstützt werden, als dass diese Gebäude auch saniert werden und nicht am Ende mit steigenden CO₂-Preisen Menschen in Armutslagen noch tiefer in die Armut rutschen.

Die 2024 veröffentlichte Studie der Bertelsmann Stiftung „Wie es gelingt, Akzeptanz für eine ambitionierte Klimapolitik zu schaffen?“ zeigt, dass die Zustimmung zu klimapolitischen Maßnahmen beeinflusst wird „durch die wahrgenommene Wirksamkeit, wahrgenommene Verteilungsgerechtigkeit und die erwarteten persönlichen Auswirkungen der Maßnahme [...]“. Daraus folgt:

- Klimaschutzmaßnahmen müssen als wirksam wahrgenommen werden. Sie müssen konkret zur Senkung von Treibhausgasemissionen beitragen.
- Klimaschutzmaßnahmen müssen als sozial gerecht wahrgenommen werden. Sie dürfen Menschen mit wenig finanziellen Mitteln nicht stärker belasten als Wohlhabende.
- Klimaschutzmaßnahmen [...] müssen die Anpassungsfähigkeit unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen auf dem Weg zur Klimaneutralität in den Blick nehmen.“ (ebd. 2024: 17)

Hier wird (mal wieder) deutlich: Der große Teil der Bevölkerung wünscht sich Klimaschutzmaßnahmen, die sozial gerecht ausgestaltet werden und bei denen sie eine konkrete Wirkung wahrnehmen. Denn: die Zustimmung zu Klimaschutz ist hoch: Die Ergebnisse einer in 125 Ländern durchgeführten quantitativen Befragung zeigen, dass den meisten Menschen Klimaschutz sehr wichtig ist und sie sich sowohl dringend durchgreifende politischen Maßnahmen als auch soziale Normen wünschen, die eine nachhaltige Lebensweise als gut und normal labeln. Gleichzeitig

unterschätzen Menschen weltweit die Unterstützung ihrer Mitbürger*innen für Klimaschutz und eine nachhaltige Lebensweise, ein Phänomen, das ‚pluralistische Ignoranz‘ genannt wird (Andre et al. 2024).

Ich möchte Sie ermutigen die Perspektive zu wechseln, die hohe Zustimmung zu Klimaschutz zu fokussieren (anstatt laut erscheinender rechtsextremer antiklimapolitischer Narrative) und anwaltschaftlich für junge Menschen eintreten und ein Vorzeige-Bundesland für Klimaschutz und damit für Generationengerechtigkeit werden.

17. Gibt es Beispiele aus dem Ausland, die belegen, dass technologieoffene Ansätze besser funktionieren als einseitige Klimaschutzmaßnahmen?

Diese Frage ist wieder suggestiv und basiert auf antiklimapolitischen Narrativen (siehe Vorbemerkung): Was sind denn „einseitige Klimaschutzmaßnahmen“ (hier wird suggeriert, Klimaschutz sei ‚einseitig‘) und was sind „technologieoffener Ansätze“? Technologien sind ein Teil der Lösung (Beispiele: erneuerbare Energien, E-Mobilität), jedoch ist nur der Einsatz von Technologie nicht ausreichend, um eine in sozialen Zusammenhängen entstandene Krise zu lösen. So reicht es nicht den gesamten Individual-Autoverkehr auf E-Mobilität umzustellen; für das Erreichen der Klimasziele ist es genauso notwendig, die Menge der Autos zu reduzieren und den ÖPNV auszubauen, sowohl von der Infrastruktur als auch der Bezahlbarkeit. Und das Erreichen der Ziele ist im Sinne von Generationengerechtigkeit zentral.

Zentrale Literaturquellen

AI Amnesty International (2024): Protect the Protest. Verteidigen wir unser Recht auf Protest! Online verfügbar: <https://www.amnesty.de/protest-demonstrationen-schuetzen-protect-the-protest> [16.05.25].

Peter Andre, Teodora Boneva, Felix Chopra & Armin Falk (2024): Globally representative evidence on the actual and perceived support for climate action. Nature Climate Change volume 14, pages 253–259. <https://www.nature.com/articles/s41558-024-01925-3>

AGJ Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendhilfe (2023): Die Klimakrise als Kinderrechtekrise. Der General Comment No. 26 und was nun passieren muss. Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe. Online verfügbar: https://www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2023/Positionspapier_Klimakrise_als_Kinderrechtekrise.pdf [16.05.25].

BVerfG - Bundesverfassungsgericht (2021): Verfassungsbeschwerden gegen das Klimaschutzgesetz teilweise erfolgreich. Pressemitteilung Nr. 31/2021 vom 29. April 2021 zum Beschluss vom 24. März 2021. Online verfügbar: <https://bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2021/bvg21-031.html> [16.05.25].

BMFSFJ: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2024): 17. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe. Online verfügbar: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/17-kinder-und-jugendbericht-244628> [16.05.25]

BMU: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) (Hrsg.) (2023): Zukunft? Jugend fragen! Umwelt und Klima in Zeiten vielfältiger Krisen: Wie junge Menschen den Herausforderungen begegnen. Berlin. Daggett, C. N. (2023): Petromaskulinität, Berlin

Der Paritätische (2024): Armut in der Inflation. <https://www.der-paritaetische.de/themen/sozial-und-europapolitik/armut-und-grundsicherung/armutsbericht-2024-armut-in-der-inflation/> (06.12.2024)

Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle (2023): Synthesebericht zum Sechsten IPCC-Sachstandsbericht (AR6). Hauptaussagen aus der Zusammenfassung für die politische Entscheidungsfindung (SPM). Version vom 20. März 2023. URL: <https://www.de-ipcc.de/358.php> [Abruf: 20.06.2024].

DIMR (2021): Das Recht auf eine gesunde Umwelt ist ein grundlegendes Menschenrecht. institut-fuer-menschenrechte.de/aktuelles/detail/das-recht-auf-eine-gesunde-umwelt-ist-ein-grundlegendes-menschenrecht (30.09.2024)

Ekberg, K./Forchtner, B./Hultman, M./Jylhä, K. M. (2023). Climate Obstruction, London

Forchtner, B. (2024): Thunberg, not iceberg. In: Kinga Allen, I./Ekberg, K./Holgersen, S./Malm, A. (Eds.): Political ecologies of the far right, Manchester, pp. 99–120

Forchtner, B./Lubarda B. (2023): Scepticisms and beyond? In: Environmental Politics H. 1, S. 43–68.

KLUG Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit e.V. (2023): Kinder vor den Folgen der Klimakrise schützen. Positionspapier der AG Pädiatrie. Online verfügbar: <https://www.klimawandel-gesundheit.de/wp-content/uploads/2023/11/Positionspapier-Kinder-vor-den-Folgen-der-Klimakrise-schuetzen.pdf> [01.08.24].

Schramkowski, Barbara; Fast, Marischa & Dohm, Lea (2025): Klimaschutz ist Kinderschutz: Kinder- und Jugendgesundheit in der ökologischen Krise. In: Kieslinger, Daniel & Hiller, Stefan (Hg.): Schnittstelle Gesundheitswesen und inklusive Kinder- und Jugendhilfe. Medizinische, psychologische und psychiatrische Versorgung. Freiburg: Lambertus. S. 25-38.

Schramkowski, Barbara (2024): Klimaschutz ist Kinderschutz. Ökologische Kinderrechte als Transformationsauftrag für die Kinder- und Jugendhilfe. In: DVSG-Fachzeitschrift FORUM sozialarbeit+gesundheit, Schwerpunkt: Klimawandel, Gesundheit und Soziale Arbeit. S. 32-35.

Schramkowski, Barbara & Stamm, Ingo (2023): Die Klimakrise als universelle Kinderrechtsgefährdung und mögliche Implikationen für die Kinder- und Jugendhilfe. In: Sozialmagazin. Themenheft ‚Klimakrise und Nachhaltigkeit‘. H. 7/8-2023. S. 25-30.

Sommer, B./Schad, M./Kadelke, P./Humpert, F./Möstl, C. (2022): Rechtspopulismus vs. Klimaschutz?, München

Spissinger, F. (2024): Die Gefühlsgemeinschaft der AfD, Opladen

Umweltbundesamt (2024): Studie „Zukunft? Jugend fragen! – 2023. Umwelt und Klima in Zeiten vielfältiger Krisen: Wie junge Menschen den Herausforderungen begegnen

Wanner, Martina & Schramkowski, Barbara (2023). Klimaangst in Zeiten eskalierender ökologischer Krisen. Schwerpunkt: Klimawandel, Gesundheit und Soziale Arbeit. DVSG-Fachzeitschrift. FORUM sozialarbeit+gesundheit, 4/23, S. 20-23.